Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/029(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 25.08.2023	Ratssaal	15:00 Uhr	17:50 Uhr

Leitung:
Teilnehmer:

Oberbürgermeisterin Frau Borris
siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16. 06. 2023 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohner*innenfragestunde
- 5 Bericht der Oberbürgermeisterin/Bg II/FBL 02 zur aktuellen Haushaltssituation
interessierten Stadträtinnen und Stadträten steht die Teilnahme frei
- 6 Beschlussvorlagen und Informationen
- 6.1 Wahlbereiche zur Kommunalwahl 2024
BE: Oberbürgermeisterin DS0404/23
- 6.2 Berufung des Wahlleiters und seiner Stellvertreterin für die Kommunalwahl 2024
BE: Oberbürgermeisterin DS0424/23

6.3	Übertarifliche Arbeitsmarktzulage für Gesundheitsaufseher*in im Bereich Infektionsschutz/Infektionshygiene BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	DS0332/23
6.4	Begrüßung der Neugeborenen in Magdeburg BE: Oberbürgermeisterin	I0193/23
7	Anträge	
7.1	Jährlicher Überblick über die Kosten der kommunalen Versicherungen Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0127/23
7.1.1	Jährlicher Überblick über die Kosten der kommunalen Versicherungen BE: Oberbürgermeisterin	S0324/23
7.2	Open Data Stadtratsabstimmungen: Wissenschaftliche Auseinandersetzung im Stadtratsabstimmungen ermöglichen Fraktion GRÜNE/future!	A0128/23
7.2.1	Open Data Stadtratsabstimmungen: Wissenschaftliche Auseinandersetzung im Stadtratsabstimmungen ermöglichen BE: Oberbürgermeisterin	S0325/23
7.3	Bürgerfreundlichkeit durch Leichte Sprache CDU-Ratsfraktion	A0135/23
7.3.1	Bürgerfreundlichkeit durch Leichte Sprache Fraktion DIE LINKE	A0135/23/1
7.3.2	Bürgerfreundlichkeit durch Leichte Sprache BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	S0340/23
7.4	Transparenz zur Lage der Sparkasse MagdeBurg SPD-Stadtratsfraktion	A0068/23
7.4.1	Transparenz zur Lage der Sparkasse MagdeBurg BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0238/23
7.5	Zurück zu den Magdeburger Farben und dem Stadtwappen „Magdeburger Jungfrau“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0140/23
7.5.1	Zurück zu den Magdeburger Farben und dem Stadtwappen „Magdeburger Jungfrau“ BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	S0345/23
7.6	Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht am 04. November Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0060/23

7.6.1	Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht am 04. November BE: Bürgermeisterin	S0234/23
7.7	GWAs stärken - Bürger*innenbeteiligung erleichtern Fraktion GRÜNE/future!	A0063/23
7.7.1	GWAs stärken – Bürger*innenbeteiligung erleichtern BE: komm. Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0250/23
8	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Simone Borris

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube
Kornelia Keune
Hagen Kohl
Ronny Kumpf
Olaf Meister
Oliver Müller
Kathrin Natho
Carola Schumann
Wigbert Schwenke
Roland Zander

Vertreter

René Hempel
Manuel Rupsch
Dr. Thomas Wiebe

Geschäftsführung

Silke Luther

Verwaltung

Mike Eve

Abwesend - entschuldigt

Nadja Lösch
Frank Schuster

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Oberbürgermeisterin Frau Die Oberbürgermeisterin Frau Borris eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 16. 06. 2023 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 16.06.2023 wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 8 Ja-, 0 Neinstimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohner*innenfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Bürger*innen anwesend.

5. Bericht der Oberbürgermeisterin/Bg II/FBL 02 zur aktuellen Haushaltssituation

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris informiert über die Prognosen zur Haushaltssituation der Stadt. Als Ursachen für die aktuelle Haushaltssituation benennt sie u.a.:

- die EZB-Politik,
- die Corona-Pandemie,
- den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine,
- die Inflation
- den Sanierungsstau, den Baupreisindex
- die neuen Anforderungen an Brandschutzkonzepte,
- die Erschließung eines Industriegebietes,
- den Ausbau und den Erhalt des ÖPNV,
- die finanzielle Situation des städtischen Klinikums,
- die Digitalisierung
- den Klimaschutz
- Maßnahmen der Fiskalpolitik (49 Euro-Ticket, Wohngeldanpassung, Asylpolitik, Bürgergeld, Tarifsteigerungen, Kosten für Hilfe zur Erziehung)

Frau Borris macht deutlich, dass sich derzeit ohne Sparmaßnahmen ein Defizit im konsumtiven Haushalt zum Jahresende in Höhe von über 60 Mio Euro ergäbe.

Im Weiteren informiert Frau Borris über die zu erwartenden Mehrkosten wie u.a.

- bei den Personalkostensteigerungen	-	11,1 Mio Euro
- bei der Hilfe zur Erziehung	-	16,4 Mio Euro
- beim Deckungskreis Soziales	-	7,1 Mio Euro
- beim Deckungskreis Kifög	-	16 Mio Euro

Frau Borris bezeichnet den derzeitigen Haushalt 2023 als defizitär und gibt in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass noch 90 Mio Euro für die Fertigstellung der Brücken fehlen.

Die Oberbürgermeisterin führt im Anschluss die von der Stadt durchgeführten Sparmaßnahmen im aktuellen Haushaltsjahr auf wie u.a.:

- partielle Haushaltssperre
- partielle Tiefenprüfung bei Stellenbesetzungen

Frau Borris macht deutlich, dass sich die Lage in den nächsten Jahren nicht entspannen werde und prognostiziert erst für das Jahr 2025 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen zeigt die Oberbürgermeisterin Wege auf, welche zu Einsparungen führen würden und derzeit von der Verwaltung geprüft werden:

- Geschwisterstaffelung
- Anpassung Hortstaffelung
- Erhöhung Parkplatzgebühren
- Anpassung Mietverträge Mitarbeiterparkplätze
- Einführung einer Bettensteuer
- Anpassung bei Eintrittsgeldern
- Kürzung Personalaufwendungen durch partielle Einstellungsstopps
- Prüfung von Sozialleistungen
- Prüfung von Arbeitsfördermaßnahmen
- Schiebung von geplanten Maßnahmen

Abschließend gibt Frau Borris den Hinweis, dass die angekündigte Prioritätenliste dem Ausschuss FG separat zur Verfügung gestellt wird.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, wirft die Frage auf, ob es angedacht sei, bestimmte Bereiche auszunehmen, wo Personal eingespart werden soll und verweist auf bestehenden Abarbeitungsstände im sozialen Bereich und dem bestehenden Personalbedarf im Planungsbereich des Dezernates VI. Er gibt im Weiteren den Hinweis, dass die Frage der Parkgebührenerhöhung auch im Landtag diskutiert wurde und der Feststellung, dass dies nicht als Auflage zur Haushaltskonsolidierung gemacht werden kann.

Eingehend auf die Frage des Stadtrates Dr. Grube erklärt Frau Borris, dass jede einzelne Stelle geprüft werde.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, hält die Einführung einer Bettensteuer für ein fatales Signal, zumal der Bund die Mehrwertsteuer im Hotel- und Gastgewerbe im nächsten Jahr auf 19 Prozent anheben wolle. Er betrachtet im Weiteren auch eine Erhöhung der Kita-Beiträge als skeptisch. Stadtrat Rupsch fragt nach, ob noch größere Maßnahmen für den Haushalt 2024 geplant sind, als die bereits vorgestellten.

Eingehend auf die Nachfrage des Stadtrates Rupsch, ob die Tarifsteigerungen bereits in den Haushaltsplan 2023 einbezogen wurden, teilt Frau Boris mit, dass hierfür 5 Millionen Euro eingeplant wurden.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, regt an, bezüglich der Haushaltsplanung 2024 eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses FG und VW durchzuführen. Anhand von aufgeführten Beispielen, sähe er noch Potential bei der Prioritätenliste, besonders im investiven Haushalt. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die zu erwartenden Mehrkosten bei der Sanierung der Stadthalle und beim Neubau des Strombrückenzuges. Er vertritt auch die Auffassung, dass die Kommunen nicht immer ausgleichen können, was der Bund ihnen auferlegt.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris begrüßt den Vorschlag des Stadtrates Stage, eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse VW und FG zum Haushalt durchzuführen.

Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion, erinnert an eine ähnliche Situation der Stadt, wo dem Stadtrat von der Verwaltung eine lange Liste mit Sparvorschlägen vorgelegt wurde. In diesem Zusammenhang gibt er zu bedenken, dass es einen Investitionsstau gebe, der sich inzwischen auf 181 Millionen Euro angehäuft habe. Abschließend bittet Stadtrat Stern die Oberbürgermeisterin, ihre Stimme gegen die Auflagen von Bund und Land zu erheben.

Die FB-Leiterin 02 Frau Behrendt geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen, insbesondere auf Fragen zur Verschuldungsobergrenze und zur neuen Kreditermächtigung ein. Sie betont, dass alle neuen Maßnahmen, insbesondere im Kulturbereich, genaustens begutachtet werden und sieht im Weiteren das größte Problem bei der Zinslast. Frau Behrendt macht im Rahmen ihrer weiteren Ausführungen Erläuterungen zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsplanes und gibt in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass die vorgestellten Maßnahmen der Oberbürgermeisterin ca. 15 Mio Euro an Einsparungen bringen würden.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, bittet darum, alle Unterlagen, die an den Ausschuss FG gehen, auch an seine Fraktion zu geben, da sie im Ausschuss FG nicht vertreten sind. Er erklärt, dass aus seiner Sicht eine Diskussion erst dann möglich sei, wenn das Papier mit den Einsparungsvorschlägen der Verwaltung in Schriftform vorliegen.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, nimmt kritisch zu den vorgeschlagenen Maßnahmen, Erhöhung der Parkgebühren und Erhöhung im Kitabereich Stellung.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, bittet ebenfalls darum, die Sparvorschläge den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future!, berichtet über die geführte Diskussion im Ausschuss StBV am 24.08.2023 zur DS 0418/23 und fragt nach, ob ein Neubau einer Förderschule nicht sinnvoller gewesen wäre.

Stadträtin Jäger, Fraktion DIE LINKE, hat die Sorge, dass wieder nur bei den Bürger*innen gespart wird und begrüßt die Vorlage der vorgestellten Sparmaßnahmen.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Dr. Wiebe, SPD-Stadratsfraktion, wie hoch die Einsparungssumme sein muss, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erhalten, teilt die FB-Leiterin 02 Frau Behrendt mit, dass es momentan 23 Mio Euro sind. Sie macht im Weiteren darauf aufmerksam, dass der Haushalt ausgeglichen werden müsse, da ansonsten ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufgestellt werden müsse.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, hält eine heutige Diskussion ohne Vorlage der Prioritätenliste für nicht zielführend und bittet darum, die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

6.1. Wahlbereiche zur Kommunalwahl 2024 Vorlage: DS0404/23

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen dem Stadtrat, die Drucksache DS0404/23 in seiner Sitzung am 14.09.2023 zu beschließen.

6.2. Berufung des Wahlleiters und seiner Stellvertreterin für die Kommunalwahl 2024 Vorlage: DS0424/23

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen dem Stadtrat, die Drucksache DS0424/23 in seiner Sitzung am 14.09.2023 zu beschließen.

6.3. Übertarifliche Arbeitsmarktzulage für Gesundheitsaufseher*in im Bereich Infektionsschutz/Infektionshygiene Vorlage: DS0332/23

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug teil.

Der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug bringt die Drucksache DS0332/23 erläutern ein.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, vertritt die Auffassung, dass es sich hierbei um keine hervorgehobene Position handele und kündigt im Namen seiner Fraktion an, bei anderen Stellen es kritischer zu betrachten. Zur vorliegenden Drucksache signalisiert er die Zustimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen dem Stadtrat, die Drucksache DS0332/23 in seiner Sitzung am 14.09.2023 zu beschließen.

6.4. Begrüßung der Neugeborenen in Magdeburg Vorlage: I0193/23

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, legt ihren Standpunkt zur vorliegenden Information dar und berichtet, wie früher Neugeborene in Magdeburg begrüßt wurden.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, verweist auf eine Vielzahl von Begrüßungsformen in der Stadt Magdeburg und hält diese für ausreichend.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, vertritt die Auffassung, dass die Begrüßungstaschen für Neugeborene ein ausreichender Willkommensgruß sei, dieser sollte jedoch etwas angepasst und noch etwas verbessert werden.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

7. Anträge

- 7.1. Jährlicher Überblick über die Kosten der kommunalen Versicherungen
Vorlage: A0127/23
-

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, fühlt sich durch die vorliegende Stellungnahme S0324/23 gut informiert und bittet darum, über den vorliegenden Antrag A0127/23 abzustimmen.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, verweist auf das ablehnende Votum des Ausschusses KRB.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0127/23 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei in seiner Sitzung am 14.09.2023 nicht zu beschließen.

- 7.1.1. Jährlicher Überblick über die Kosten der kommunalen Versicherungen
Vorlage: S0324/23
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 7.2. Open Data Stadtratsabstimmungen: Wissenschaftliche Auseinandersetzung im Stadtratsabstimmungen ermöglichen
Vorlage: A0128/23
-

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, erklärt den vorliegenden Antrag A0128/23 mit Verweis auf die vorliegende Stellungnahme S0325/23 als **erledigt**.

- 7.2.1. Open Data Stadtratsabstimmungen: Wissenschaftliche Auseinandersetzung im Stadtratsabstimmungen ermöglichen
Vorlage: S0325/23
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 7.3. Bürgerfreundlichkeit durch Leichte Sprache
Vorlage: A0135/23
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug teil.

Der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag A0135/23/1 der Fraktion DIE LINKE und bittet darum, diesem zuzustimmen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, auch im Behindertenbeirat darauf hinzuwirken, leichte Sprache in den Antragsformularen anzuwenden.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris gibt den Hinweis, dass Formulare bundesweit vorgegeben sind und sie keine Möglichkeit habe, darauf Einfluss zu nehmen.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, regt an, zumindest bei den eigenen Verhandlungsgegenständen, Drucksachen und Anträgen der Stadt darauf zu achten, eine leichte Sprache anzuwenden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0135/23 in der Fassung des Änderungsantrages A0135/23/1 in seiner Sitzung am 14.09.2023 zu beschließen.

7.3.2. Bürgerfreundlichkeit durch Leichte Sprache Vorlage: S0340/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.4. Transparenz zur Lage der Sparkasse MagdeBurg Vorlage: A0068/23

Stadträtin Keune, SPD-Stadtratsfraktion, zieht den vorliegenden Antrag A0068/23 **zurück**.

7.4.1. Transparenz zur Lage der Sparkasse MagdeBurg Vorlage: S0238/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.5. Zurück zu den Magdeburger Farben und dem Stadtwappen „Magdeburger Jungfrau“ Vorlage: A0140/23

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht erläuternde Ausführungen zur Intention des Antrages.

Eingehend auf die Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, ob man nicht von Zeit zu Zeit Änderungen in der Kampagne vornehmen sollte, teilt die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger mit, dass die grundsätzliche Kampagne eine Dachmarkenkampagne sei. Sie erklärt, dass man überlegen könnte, Grafiken zu überarbeiten und das Corporate Design anzupassen.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, regt an, das Wappen der Landeshauptstadt Magdeburg zusätzlich zu verwenden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen, dem Stadtrat, den Antrag A0140/23 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz in seiner Sitzung am 14.09.2023 nicht zu beschließen.

7.5.1. Zurück zu den Magdeburger Farben und dem Stadtwappen
„Magdeburger Jungfrau“
Vorlage: S0345/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.6. Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht am 04.
November
Vorlage: A0060/23

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht erläuternde Ausführungen zur Zielstellung des Antrages.

Die Bürgermeisterin Frau Stieler-Hinz geht erläuternd auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung ein.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, bezeichnet die Idee des Antrages als charmant, hat aber Bedenken bezüglich der Umsetzung des 2. Satzes.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, regt an, den Antrag zu qualifizieren.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, wann das Denkmal „Magdeburger Recht“ eingeweiht werde, teilt die Oberbürgermeisterin Frau Borris mit, dass es noch kein genaues Datum gäbe, dies aber im Kontext mit der Umfeldgestaltung zum Brückenbau erfolgen soll.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich dafür aus, dass das Kulturhistorische Museum sich um diese Thematik kümmern sollte.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, hält den vorliegenden Antrag für nicht zustimmungsfähig.

Die Bürgermeisterin Frau Stieler-Hinz gibt den Hinweis, dass vorliegende Stellungnahme vom Kulturhistorischen Museum erarbeitet wurde.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimme, 3 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0060/23 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz in seiner Sitzung am 14.09.2023 nicht zu beschließen.

7.6.1. Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht am 04.
November
Vorlage: S0234/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.7. GWAs stärken - Bürger*innenbeteiligung erleichtern
Vorlage: A0063/23

Stadträtin Natho, Fraktion GRÜNE/future!, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris teilt mit, dass der Entwurf des Konzepts bereits vorliegt, dieses jedoch noch vom Stadtrat beschlossen werden muss.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, verweist auf das ablehnende Votum des Ausschusses KRB. Er persönlich hält den Antrag für nicht umsetzbar und mit der vorliegenden Stellungnahme für erledigt.

Der Leiter der Stabstelle V/02 Herr Dr. Gottschalk macht erläuternde Ausführungen zur vorliegenden Stellungnahme und gibt mit Hinweis auf die Haushaltssituation zu bedenken, dass die Schaffung von Personal und Infrastruktur mit Kosten verbunden ist.

Stadträtin Natho erläutert nochmals die Intention des Antrages.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, begrüßt den vorliegenden Antrag und kündigt an sich vorzubehalten, diesen zu ergänzen.

Stadtrat Kohl, Mitglied im Ausschuss KRB, informiert über die Hauptkritikpunkte im Ausschuss KRB.

Stadtrat Zander macht klarstellende Ausführungen zur Frage der Bürgerbeteiligung bei der GWA-Arbeit.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, legt seine Auffassung zur Arbeit der GWA`n dar und vertritt die Auffassung, dass diese besser strukturiert werden sollten. Er signalisiert seine Stimmenthaltung.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris bittet darum, die avisierte Drucksache zur Bürgerbeteiligung abzuwarten und merkt an, dass diese eine gute Grundlage bildet, über das Thema grundsätzlich zu diskutieren.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, erinnert an das Hauptmotiv, Bürger*innen mit einzubeziehen, GWA`n in den Stadtteilen zu etablieren.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 5 Neinstimmen und 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0063/23 der Fraktion GRÜNE/future! in seiner Sitzung am 14.09.2023 nicht zu beschließen.

7.7.1. GWAs stärken – Bürger*innenbeteiligung erleichtern
Vorlage: S0250/23

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

8.1 Fundus OASE

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, bittet darum, dass der Fundus OASE wieder geöffnet wird.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris teilt mit, dass der zukünftige Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Dr. Gottschalk diese Thematik zur Chefsache macht.

8.2 A0159/23 – 100-jährige Platane erhalten – Stadtrat 21.08.2023

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, übt Kritik an der Sitzungsleitung in der Stadtratssitzung am 21.08.2023 zum Antrag A0159/23 und fragt nach, wie mit der Überweisung des Antrages umgegangen werde.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris teilt mit, dass die Antwort nach Absprache mit dem Beigeordneten für Umwelt und Stadtentwicklung Herrn Rehbaum erfolgt.

8.3 Anfrage F0239/23 – Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz bei der MVG GmbH & Co KG – Stadtrat 21.08.2023

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf die Sitzung des Stadtrates am 21.08.23, insbesondere zur Aussage der Oberbürgermeisterin Frau Borris zur Anfrage F0239/23 des Stadtrates Hempel, Fraktion DIE LINKE, dass die Betriebsvereinbarung über das Betriebsverfassungsgesetz stehe. Er merkt an, dass diese Aussage falsch sei und zu Unmut bei den Auszubildenden in der MVB geführt habe.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris merkt an, dass es sich hierbei um einen Versprecher gehandelt habe und stellt klar, dass es die Betriebsvereinbarung gäbe, dass die unbefristete Beschäftigung von der Leistung des Auszubildenden abhängig sei. Mit Hinweis auf das Betriebsverfassungsgesetz führt sie weiter aus, dass es keinen Grund gäbe, jemanden zu bevorzugen.

8.4 Aktueller Sachstand Ratskeller

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt den aktuellen Sachstand zum Ratskeller

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris teilt mit, dass es unter dem Aspekt der hohen Betriebskosten sehr schwierig sei, einen neuen Betreiber für den Ratskeller zu finden. Sie erklärt, dass der Leiter des EB KGM Herr Reum mit diesem Thema befasst ist.

8.5 Ausfall von Straßenbahnen

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob bekannt sei, warum in der Kernzeit der Schülerbeförderung reihenweise die Straßenbahnlinien 1, 5 und 6 ausgefallen sind? Er bittet darum, zukünftig bei solchen Problemen eine entsprechende Information weiterzuleiten.

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris äußert, dass es eine Havarie gab und sie die Thematik der Kommunikation mit der Geschäftsführerin der MVB klären wird.

8.6 Umgang mit Anträgen in Stadtratssitzungen

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, erinnert an das Treffen der Vorsitzenden der Fraktionen bezüglich des Umgangs mit Anträgen in Stadtratssitzungen. Sie moniert, dass durch den Stadtratsvorstand nicht die Möglichkeit gegeben werde, Prüfanträge einzubringen und bezeichnet den Umgang als befremdlich. Sie kündigt an, zukünftig alle Prüfanträge einbringen zu wollen.

Die kritischen Anmerkungen der Stadträtin Schumann werden von Stadtrat Hempel unterstützt und er untermauert dies anhand eines Beispiels zu einem Prüfantrag seiner Fraktion zum Thema „Maxim-Gorki-Straße“.

Eingehend auf die kritischen Anmerkungen gibt die Oberbürgermeisterin Frau Borris zu bedenken, dass aufgrund der zahlreichen Anfragen und Anträge die Verwaltung nicht mehr zu ihrer eigentlichen Arbeit kommt. Sie bittet darum, zukünftig die Anfragen und Anträge kurz und klar zu formulieren, um die Verwaltung bei der Bearbeitung zu unterstützen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Simone Borris
Vorsitzende

Silke Luther
Schriftführerin